

**Dr. h. c. Manfred Lautenschläger**  
Gründer der MLP AG, Wiesloch

## **Die Rolle des Staates - welche Aufgaben hat Politik?**

40 Jahre Freie Wähler - Kreisverband Rhein-Neckar

28. April 2012

„Palais Hirsch“, Schlossplatz 2, Schwetzingen

Liebe Frau Terboven,  
sehr geehrter Herr Dittrich,  
sehr geehrter Herr Hohmann,  
sehr geehrter Herr Schüssler,  
sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Freie Wähler aus der Region,

vor ziemlich genau drei Jahren habe ich zu einem ähnlichen Anlass gesprochen, habe den Heidelberger Freien Wählern zum 50. Geburtstag gratulieren dürfen.

Ich habe dies schon damals mit großem Vergnügen getan, denn die Idee unabhängiger Wählergemeinschaften, das basisdemokratische Selbstverständnis, hat mich immer überzeugt.

So gesehen ist es mir eine Ehre, zu Ihrem Jubiläum sprechen zu dürfen – und das in einer Zeit, in der die erklärten Grundtugenden der Freien Wähler, in der ein Demokratieverständnis, wie Sie es seit Ihrer Gründung leben, vielleicht stärker gefragt sind denn je.

Die Freien Wähler haben eine wichtige Funktion. Sie stellen eine bedeutsame Größe in Deutschland dar. Dem bliebe im Grunde nichts hinzuzufügen. Ich möchte aber noch einen Moment bei diesem Thema bleiben – weil ich meine, dass es in diesen Tagen von besonderer Aktualität ist.

Nur nebenbei: Ich halte es für eine der großartigen Leistungen, dass die Gründungsväter der Bundesrepublik – mehr oder weniger konsequent – das Subsidiaritätsprinzip durchgesetzt haben. Dieses eben macht die politische Arbeit auf der kommunalen Ebene so wichtig, und es wird meines Erachtens in seiner Bedeutung nach wie vor unterschätzt.

Dies müssen wir heute ins Zentrum auch dieses Jubiläums stellen – und es trifft auch den Titel, der über meinem Vortrag steht: „Die Rolle des Staates – welche Aufgabe hat Politik?“

Meine Damen und Herren,

ich habe diesen Titel deshalb gewählt, weil hier verschiedene Aspekte aufeinandertreffen:

- Staat und Politik
- Institution und konsistentes Handeln
- Verlässlichkeit und Flexibilität.

All dies gleichermaßen, denn Politik gestaltet den Staat – der Staat die Politik: In dieser Wechselwirkung entsteht ein Spannungsfeld, in dem Sie, die Freien Wähler, eine ganz wichtige Rolle spielen.

Gestatten Sie mir die Abstraktion dieser Ausführungen – denn es ist mir wichtig, nicht nur im Konkreten verstanden zu werden, sondern ganz gezielt den Abstand zu nutzen, um grundsätzlich zu argumentieren.

Das muss ich, denn es geht auch um die aktuellen Entwicklungen, um die internen Auseinandersetzungen. Sie treffen den Kern des Selbstverständnisses der Freien Wähler. Und ich verfolge sie mit Interesse.

Gehen wir also einige Wochen zurück: Der Vorsitzende der Bundesvereinigung, in Personalunion ist er Fraktionsvorsitzender der Freien Wähler im Bayerischen Landtag, tritt gemeinsam mit dem einstigen BDI-Vorsitzenden vor die Presse.

Hubert Aiwanger und Hans-Olaf Henkel Hand in Hand, Arm in Arm. Der Termin im Dezember war sehr bewusst gewählt. Am gleichen Tag wird das Ergebnis des FDP-Mitgliederentscheids zum Euro-Rettungsschirm verkündet. Die beiden Referenten machen übrigens daraus auch keinen Hehl, verweisen selbst auf die offene Koinzidenz. Gut?

Ich meine: Nein. Es ist es deshalb nicht, weil die Freien Wähler jetzt nicht die Rolle der FDP übernehmen sollten.

Ich bitte mich nicht falsch zu verstehen, Landes- oder Bundespolitische Einmischung kann eine Alternative sein, aber die Individualität der Köpfe, die Individualität der Idee der Freien Wähler muss meines Erachtens unangetastet bleiben.

Die Freien Wähler aber als liberale Alternative auf Bundesebene – und Henkel als ihr neues Aushängeschild? Ich sehe das nicht.

Lassen Sie uns kurz auf die Botschaften der Veranstaltung in Berlin blicken: Die Freien Wähler sind die liberale, grundsolide, bürgerliche Partei der Mitte und damit die Partei, die sich gegen eine Schuldenunion mit Blick auf Griechenland oder Portugal wendet – das ist die zentrale Aussage des Tages.

Es stellt sich dann die Frage: Warum ist das so, warum müssen die Freien Wähler in diesem Sinne bundespolitisch mitmischen? Aiwanger und Henkel argumentieren folgendermaßen:

**Erstens:** Der Kommunalpolitik sind die Hände gebunden, Entscheidungen werden in der Landes- und Bundespolitik getroffen. Die Kommunen seien vom Bund in eine Schuldenfalle getrieben worden. Wollte man nun die Situation der Kommunen merklich verbessern, müsse man den Weg in die Landes- und Bundespolitik gehen. Nur hier lasse sich Politik im Sinne der Bürger machen. Dieses Argument würde auch die „wenigen Mitglieder“ kommunaler Wählergemeinschaften überzeugen, die einer bundespolitischen Ausdehnung kritisch gegenüber stehen.

**Zweitens:** Die Freien Wähler werden zur Euro-Rettungspartei – so der Bundesvorsitzende wörtlich in der Süddeutschen Zeitung vom 8. Dezember des vergangenen Jahres. Der Euro könne lediglich durch eine veränderte Politik glücken. Die jetzige Politik führe geradewegs in die Schuldenunion. Im Bundestag gäbe es laut Aiwanger keine Partei, die eine vernünftige Euro-Politik betreibe. Und die schwarz-gelbe Bundesregierung arbeite in diesem Punkt nicht solide.

**Drittens:** Die Freien Wähler werden zur „bürgerlichen Alternative“ zu FDP und CDU, weil es keine Partei der bürgerlichen Mitte gäbe, die FDP nicht länger politikfähig sei und falsche Werte vertrete.

**Fazit:** Der Bundesvorsitzende strebt für 2013 den Einzug in den Bundestag an. Zitat aus der Pressekonferenz: „Man muss die politische Klasse auf den Pfad der Tugend zurückbringen“.

Einiges in dieser Argumentation mag richtig sein, mag den Nerv der Zeit treffen, mag vielen Menschen, die sich dem liberalen Lager zugeneigt fühlen, zu denken geben. Aber kann und darf das der Weg einer freien Wählergemeinschaft sein? Ist deren Philosophie nicht eine gänzlich andere?

Lassen Sie uns noch einmal auf unser Land blicken: In Baden-Württemberg haben Sie als Freie Wähler eine besondere Situation:

- einen Landesverband, der aus der Bundesvereinigung ausgetreten ist;
- eine im Jahr 2010 gegründete Landesvereinigung, die sich vorstellen kann, Kandidaten für Europa-, Bundestags- und Landtagswahlen zu benennen;
- einen Beschluss im Landesverband vor der letzten Wahl, keine Kandidaten für die Landtagswahlen zu stellen, 248 von 256;
- einen Kreisverband und drei Ortsverbände, die derzeit das Vorhaben der neuen Landesvereinigung aktiv unterstützen, Bundestagskandidaten zu suchen.

Ich glaube, wir können einerseits den Vorstoß Ihres Bundesvorsitzenden kritisieren, andererseits aber dürfen wir den Blick von den Aktivitäten Ihrer neuen Landesvereinigung auch nicht ganz abwenden.

Wie schon gesagt: Die Freien Wähler sollten meines Erachtens auf Landes- und Bundesebene keine neue FDP werden wollen. Denn dann stecken Ihre Vertreter im Parlament dieser Republik in denselben Fraktionszwängen wie die herkömmlichen Parteien, was den Prinzipien der Freien Wähler widersprechen würde.

Auf der anderen Seite bin ich überzeugt davon, dass Sie es schaffen können, interessante und gute Kandidaten zu finden, die mit gesundem Menschenverstand und mit viel Erfahrung aus den Kommunalparlamenten unsere Bürgerinteressen in Stuttgart oder Berlin vertreten – als herausragende Köpfe, die nicht „eingenordet“ sind und frei und unabhängig entscheiden.

Sie wissen, worauf ich abziele:

Vor ziemlich genau drei Jahren habe ich schon beim Jubiläum der Heidelberger Freien Wähler empfohlen, über Direktmandate nachzudenken. Und ich möchte diesen Gedanken hier noch einmal aufgreifen.

Warum soll das, was in den 1950er Jahren, was mit einem Ihrer damals prominentesten Mitglieder möglich war, warum soll das, was Richard Freudenberg damals erreicht hat, nicht noch einmal gelingen? Er war als Mitglied der Wählervereinigung der Parteilosen mit großer Mehrheit in den Bundestag gewählt worden.

Ich bin überzeugt, vielleicht auch gerade nach den jüngsten Erfolgen der Piraten, dass dies auch heute wieder möglich ist, denn Persönlichkeit, das ist auch heute noch, vielleicht mehr denn je ein Wert an sich. Sie haben ja auch nicht umsonst bei Ihrem 30. Jubiläum vor zehn Jahren ebenfalls auf Richard Freudenberg als Beispiel verwiesen.

Die Idee unabhängiger Wählergemeinschaften, die in vielen Situationen tatsächlich keinen Fraktionszwang kennen, diese Idee also ist nach wie vor bestechend. Suchen Sie nach den Integrationsfiguren dieser Zeit und gewinnen Sie diese für Ihre Ideen. Warum soll nicht in nächster Zukunft wieder einer Ihrer Vertreter per Direktwahl ins Bundesparlament einziehen? Ich glaube, dass dies auch heute, dass dies gerade heute wieder möglich ist.

Die neue Landesvereinigung könnte so gesehen ein Instrument sein, das genau dieses erreicht: Die richtigen Köpfe zu identifizieren und für die Idee einer Einzelkandidatur zu begeistern. Allerdings sollte es nicht dazu kommen, dass wir es mit einer neuen Partei zu tun haben, das ist der Unterschied, die Freien Wähler im Bundes- oder Landtag würde ich als streitbare, interessante und vielseitig bewanderte Köpfe sehen, die uns als Bürgern den Spiegel vorhalten und uns davon überzeugen, dass gesunder Menschenverstand und Prinzipien doch noch Tugenden dieses Parlamentes sind.

Also: Bundestag und Landtag – das kann ein guter Weg sein, wenn Sie die richtigen Persönlichkeiten finden. Auf der anderen Seite birgt dieser Schritt immer das Risiko, in die Systemfallen der etablierten Parteien zu tappen. Es ist an Ihnen abzuwägen. Meine Empfehlung wäre: Seien Sie offen für neue Gedanken, aber bleiben Sie Ihren Ideen treu.

Freie Wähler als Freie Denker in den „großen“ Parlamenten: Ja!

Eine neue Euro-Rettungspartei: Nein!

Zur Begründung: Die Direktheit demokratischer Einflussnahme durch den Einzelnen ist für mich ein zentraler Aspekt zur Beantwortung der Frage nach den Aufgabenstellungen der Politik und der Rolle des Staates.

Die Zeiten für einen authentischen, eine engagierten, eine an den Sorgen und Nöten der Bevölkerung orientierten Kandidaten (oder für einen Kandidatin) aus Ihren Reihen sind heute angesichts wachsender Politikverdrossenheit günstiger geworden! Warum also nicht?

Haben Sie Mut, wagen Sie und suchen Sie die Herausforderung. Ich bin sicher, dass Sie in Ihren Reihen geeignete Kandidaten haben.

Meine Damen und Herren,  
die Freien Wähler bieten ein Sammelbecken der Interessen und Meinungen, sie folgen dem Prinzip der Freiheit des Einzelnen und repräsentieren damit tatsächlich einen seltenen Hort der persönlichen Entscheidungsfreiheit, der Entscheidungsfreiheit des aktiven Individuums, des *zoon politicon*.

Darin liegt der große Unterschied, denn dies bedeutet realiter: Sie tun dies nicht versteckt in der Passivität des Wählers, schlimmer noch: des Nichtwählers, sondern ganz bewusst in der Aktivität des politisch Gestaltenden. Ihre Heimat sind folgerichtig zuerst die kommunalen Gremien, Ihre Aktionsfläche ist nicht primär die „große Politik“ – wobei das Adjektiv „groß“ hier nicht zwingend für „Größe“ steht.

Dem steht die andere Seite gegenüber, sie ist ebenso nachvollziehbar. Ganz sicher würden Stuttgart wie Berlin von den Freien Wählern profitieren. Sie sind weit besser in der gesellschaftlichen Realität verankert als die Vertreter der herkömmlichen Parteien.

Egal ob Landes- oder Bundespolitik – beide würden von der Expertise der Freien Wähler als interessante gesellschaftliche, freiheitlich-demokratische Gruppierung profitieren. Sie könnten, so betrachtet, vieles in Bewegung setzen und voranbringen, was so mühsam in den Mühlen der Fraktionszwänge und vorauseilenden Wahlkampfaussagen zermahlen wird, im Starren auf den nächsten Wahltermin.

Dies aber birgt, wie erwähnt, die Gefahr der Anpassung an wirkliche oder vermeintliche, sich aus dem „politischen Tagesgeschäft“ ergebende Zwänge und damit auch die Gefahr, als Größe politisch austauschbar zu werden.

Sie sehen, ich habe mir zwar so meine Gedanken über dieses Thema gemacht – aber letzten Endes noch keine Patentlösung parat. Derzeit jedenfalls neige ich eher zur Auffassung, dass wir in Deutschland nicht noch eine weitere Partei benötigen – bei der dann eben die gleichen Spiele und Spielchen laufen, die wir zur Genüge kennen.

Ich muss keine Geschichten von Parteiproporz, Koalitionszwang, Konformismus oder „Abweichlern“ erzählen, um dies zu verdeutlichen. Die vergangenen Monate haben uns vieles einmal mehr ins Bewusstsein gerufen – die Verwerfungen im Saarland oder mit Bezug auf den Haushalt in Nordrhein Westfalen, das müssen wir im Einzelnen nicht noch einmal durchdeklinieren.

Kurzum: Ich für meinen Teil möchte hier jedem Einzelnen von Ihnen Mut machen, politisch aktiv zu sein und zu bleiben – in jeder Beziehung, auf jeder Ebene. Wenn Sie auf Landes- oder Bundesebene aktiv werden, dann bitte in der Tradition Ihres freien Geistes, den Sie auf kommunaler Ebene kultiviert haben. Anders gesagt: Die Freie Wähler Vereinigung sollte die Partei der Parteilosen bleiben.

Damit bin ich schon mitten drin in meinem Thema, obwohl ich nur kurz die aktuellen Entwicklungen in Ihrer Organisation kommentieren wollte.

Welche Aufgaben hat die Politik, welche Rolle muss der Staat spielen?

Wie laut dürfen wir nach dem Staat rufen, ohne uns an der eigenen Nase packen zu müssen?

Für mich sind und waren die Freien Wähler in der Vergangenheit eine Versicherung gegen die Politikverdrossenheit. So möchte ich Sie auch weiter sehen.

Doch woher kommt eine solche Verdrossenheit, wie können wir wieder mehr Menschen dafür gewinnen, die Initiative zu ergreifen?



Das sind die zentralen Fragen, mit denen Sie sich als Freie Wähler auseinandersetzen müssen. Und dies gerade weil Sie, wie keine andere Vereinigung, die Demokratie und ihre Werte auf der kommunalen Basis repräsentieren.

Wir alle sind der Staat – nur: wir wissen es nicht mehr! Man kann es auch so formulieren: Politikverdrossenheit ist im Grunde eine Staatsverdrossenheit:

Ich als Einzelner, als Mitglied der Gesellschaft, fühle mich nicht mehr wahrgenommen, fühle mich von den Repräsentanten in der repräsentativen Demokratie nicht mehr repräsentiert. Und ich wende mich ab – ziehe mich zurück ins Private; werde Steuerflüchtling oder gar Steuerhinterzieher, gehe ins Ausland, um dort vielleicht meine wissenschaftliche oder wirtschaftliche Karriere in freierem Umfeld fortzuführen; wende mich ab, um weniger reguliert, weniger reglementiert zu sein.

Wir alle tragen den Wunsch nach der „großen Freiheit“ in uns. Und das hat uns nicht erst die Öffnung Osteuropas deutlich gemacht. Denn schon mit der Aufklärung wurde „Freiheit“ zum zentralen Thema für das Zusammenleben der Menschen. Wir müssen diese Freiheit sichern und wir müssen sie verteidigen! Genau dafür braucht es die gesellschaftliche Initiative, und es wird eine Initiative „von unten“ sein müssen, weil wir nur so wirkliche Veränderung herbeiführen können. Vielleicht kommt sie tatsächlich aus den Stadt- und Gemeinderäten heraus.

Meine Damen und Herren,

in der Vorbereitung des heutigen Tages habe ich mir auch die Website, den Internetauftritt Ihres Kreisverbandes angeschaut. Ich glaube, dass Sie noch weitaus deutlicher Ihre Stärken auch hier im Web präsentieren sollten, dass Sie noch deutlicher, noch klarer auch Ihre politischen Grundsätze und Ihre Vielseitigkeit und die Vielfalt der Fraktionen in den Gemeinde- und Stadträten sowie im Kreisrat dokumentieren können.

Auch ich als Vertreter der älteren Generation habe zwischenzeitlich verstanden, dass das Internet bezogen auf die Politische Kommunikation das Medium ist, dass es heute auch wichtig ist, sich als Organisation über Facebook zu vernetzen, um junge Menschen mit seinen Botschaften zu erreichen.

Ich halte die Idee der Freien Wähler für zu wichtig. Ich halte sie in unserer Demokratie für so bedeutsam, dass Sie als Ihre Vertreter alle Möglichkeiten nutzen sollten, um möglichst viele Bevölkerungsgruppen zu erreichen. Die nachwachsende Generation ist nicht unpolitisch. Man muss sie nur ansprechen.

Gerade die Jugend gilt es mit Ihrer Botschaft, mit Ihren Botschaften zu erreichen und für Ihre Ideen zu begeistern. Darin liegt der Schlüssel für weitere 40 Jahre Erfolg auf Kreisebene.

Meine Damen und Herren,  
wir leben in einer Region, die maßgeblich durch ihr studentisches Milieu geprägt ist. Die Metropolregion Rhein-Neckar sähe anders aus, wenn mit den Universitäten in Heidelberg und Mannheim, den unzähligen Hochschulen und Forschungseinrichtungen in der ganzen Region nicht eine wissenschaftsfreundliche Infrastruktur zu finden wäre. Gerade diese „Community“ ist heute nicht nur international orientiert, sondern ausnahmslos und nachhaltig im Netz unterwegs.

Für mich ist die Idee der Freien Wähler rückhaltlos modern, und auch nach 40 Jahren Kreisverbandsarbeit bleibt sie aktuell! Tragen Sie Ihre Ansprüche, tragen Sie Ihre politische Schlagkraft auch in diese Zielgruppen hinein, vernetzen Sie sich mit den gut ausgebildeten und aufstiegsorientierten jungen Erwachsenen. Denn bei aller Internationalität schätzen auch diese den lokalen Raum – „think global, act local“ – und ich bin mir sicher, Sie werden einige zur Mitarbeit gewinnen können.

Wir haben in der Metropolregion die besten Voraussetzungen für eine lebendige Zukunft Ihrer Idee. Wir haben hier eine große Branchenvielfalt, wir haben eine tragfähige Struktur, die mittelständische Betriebe ebenso beinhaltet wie Weltkonzerne. Das ist eine sehr gute Basis, das ist der ideale Ausgangspunkt für Sie als politische Vereinigung, die richtigen Köpfe aus diesen Unternehmen für Ihre Sache zu begeistern.

Ich habe diesen Exkurs in die Welt der Kommunikation nicht umsonst gewählt. Auch in dem von mir gegründeten Unternehmen haben wir immer wieder erkennen müssen: Erfolg von Ideen hängt heute von der Art und Weise ab, wie wir sie kommunizieren.

Wir haben erkannt, dass herausragende kommunikative Eigenschaften nicht nur gute Berater ausmachen. Vielmehr sind Transparenz und die Fähigkeit, Ideen präzise formulieren zu können, eine Grundvoraussetzung für Erfolg einer ganzen Organisation.

Resonanz ist eine Frage der treffend formulierten und über die richtigen Kanäle transportierten Botschaften. Dies gilt heutzutage mehr denn je. Und mit Hilfe der neuen Kanäle entstehen völlig neue Dimensionen. Die Welt wird lokal, der Globus zum Dorf und gute Ideen können sich in Windeseile verbreiten.

Basisdemokratie und Neue Medien passen perfekt zusammen. Banales Beispiel: Der Hit „Somebody that I used to know“ war in den vergangenen Wochen in allen Radiosendern dieser Welt regelmäßig zu hören. Ein Musiker aus der australischen Provinz verdankt diesen sensationellen Erfolg ausschließlich der Verbreitung über das Netz.

Das ist nur ein Beispiel von vielen. Politische Kommunikation und Internet, die Verbreitung von politischen Ideen und Meinungen und die neuen Sozialen Medien passen sehr gut zusammen.

Das würde auch für die etablierten Bundesparteien gelten. Aber zu den Freien Wählern passt eine Strategie, die Soziale Medien berücksichtigt, noch besser, denn in diesen ist Individualität ein weit höheres Gut als in den angestammten Massenmedien.

Sie sollten sich hier noch intensiver präsentieren, Sie sollten Ihre Ideen, Ihr Konzept mit einer modernen Medienstrategie verbinden. Ich denke, das passt!

Was ich damit sagen will: Sie als Freie Wähler sollten im kommunalen und regionalen Umfeld Ihre Stimme lauter erheben, Sie sollten konsequent die modernen Mittel der Kommunikationstechnik einsetzen und nutzen, Sie sollten damit selbstbewusst für Ihre Ideen eintreten und auf Ihre Erfolge verweisen.

Sie demonstrieren damit auch Ihre Bedeutung in der Gesellschaft, Sie zeigen, dass Sie in der modernen Medienlandschaft zu Hause sind.

Noch einmal: Gerade in Zeiten wie diesen brauchen wir Köpfe mit Profil, mit Ideen und mit Kreativität.

Ich frage mich dabei immer: Wo sind die erfahrenen mittelständischen Unternehmer im Deutschen Bundestag? Wo sind die Entscheidungsprotagonisten? Und warum kandidieren sie nicht für den Bundestag? Wo sind die Nonkonformisten, die auch gegen eine Parteiräson zur nachhaltigen Weiterentwicklung des Staates beitragen können? Wo sind die Pragmatiker, die mit betriebswirtschaftlicher Erfahrung auch in Staatskrisen wie der Eurokrise souverän urteilen und zupacken können? Wo die erfolgreichen Geschäftsleute, die versierten Wissenschaftler, wo die Betriebs- und Volkswirte, von deren Expertise wir auch in der ersten Reihe der wichtigen Entscheidungsgremien und nicht nur in Form von Staatssekretären profitieren wollen? Die überwiegende Mehrheit im Bundestag stellen Beamte mit Jobgarantie und Pensionsanspruch. Mit deren Mentalität kann man nicht zu neuen Ufern aufbrechen.

Politik ist träge geworden und sie hat in weiten Bereichen einen gebundenen Staat hinterlassen; einen Staat, der die unbequemen Wahrheiten scheut, der seine Beweglichkeit verloren hat.

„Der Staat ist für den Menschen da und nicht der Mensch für den Staat!“ – Von Paul Kirchhoff stammt dieser Satz, er ist eine zentrale Aussage seines Buches: „Das Gesetz der Hydra – Gebt den Bürgern Ihren Staat zurück“. Ein lesenswertes Buch!

Ja, die Hydra, das vielköpfige Ungeheuer, hält unser Land fest im Griff. Es ist uns beim Thema „Euro-Rettungsfonds“ wieder einmal mehr bewusst geworden. Die Einflussmöglichkeiten sind gering, der einzelne fühlt sich vom übermächtigen Staat bedrängt, der nicht mehr nur ein deutscher, sondern eben auch ein europäischer ist. Und wir bezweifeln – zu recht – dass unsere Politiker verstehen, wovon sie sprechen, und schlimmer noch: worüber sie entscheiden.

Natürlich schlägt sich die griechische Krise in unseren Geldbeuteln nieder, natürlich werden die Steuerzahler dafür aufkommen müssen, natürlich werden wir alle mit Inflation und Preissteigerungen dafür bezahlen müssen. Das ist der Preis für die Währungsunion, das ist der Preis für unseren löcherigen Flickenteppich.

Ich bin kein Europaskeptiker. Ich stehe für die Idee eines geeinten Europa souveräner Staaten. Das ist ein einzigartiges Modell, das ist ein Modell mit Zukunft.

Aber es wurde damals zu sehr mit der heißen Nadel gestrickt. Man hätte nicht Entwicklungsländer mit hochindustrialisierten Nationen wirtschaftlich in einen Topf werfen dürfen – nicht in dieser Geschwindigkeit. Und wir müssen darauf achten, dass wir uns nicht zu Tode verwalten lassen, dass uns die Regulierungswut nicht erstickt.

Wir müssen vieles überdenken!

Blicken wir zurück in das Jahr 1888. Damals stritten sich berühmte Ökonomen darüber, welche Höhe Staatsausgaben wohl erreichen dürfen. Fünf bis sechs Prozent des Bruttoinlandsprodukts – das wäre eine moderate Größe, bei acht bis zehn Prozent wäre ein „Normalbereich“ erreicht, doch alles, was über zwölf Prozent hinausgehe müsse man als „exorbitant“ bezeichnen, so Paul Leroy-Beaulieu, der berühmte französische Ökonom. Damals lagen die Staatsausgaben in Frankreich und Italien bei 13 Prozent des Bruttoinlandsproduktes, in Amerika lagen sie darunter.

Und heute? Die Budgets aller industrialisierten Staaten, die sich aus Steuern und Schulden speisen, sind so hoch wie nie zuvor. In Frankreich liegen die Staatsausgaben bei über 55 Prozent, in Italien bei 50 in Deutschland bei rund 45, in den USA und Japan bei 42 und in der Schweiz bei 35 Prozent. Es waren insbesondere die 1960er Jahre, die uns den umfassenden Wohlfahrtsstaat beschert haben.

Das sogenannte Wagner'sche Gesetz besagt, dass die Staatsausgaben von Staaten immer nur wachsen können. Sie werden nicht sinken. Benannt ist dieses Gesetz nach dem Ökonomen Adolph Wagner, der von 1835 bis 1917 lebte. Was bedeutet das? Nun, der Finanzierungsbedarf wird mit den Staatsausgaben ebenfalls wachsen. Und mit ihm das Risiko, dass der Schuldendienst uns überrennt.

Griechenland ist ein drastisches Beispiel für gänzlich aus dem Ruder gelaufene Staatsausgaben.

Doch mit Adolph Wagner können wir feststellen, dass der Sozialstaat, ist er einmal geschaffen und gesellschaftlich akzeptiert, „Ewigkeitsgarantie“ hat. Anders als der

Markt, so der Wirtschaftspublizist Rainer Hank, hat dieser Staat nie ein Wachstums-, dafür allerdings offenkundig ein Finanzierungsproblem. Der Titel des Buches von Rainer Hank: „Die Pleite-Republik. Wie der Schuldenstaat uns entmündigt und wie wir uns befreien können.“

Und für diese Befreiung benötigen wir die Basis benötigen. Wir müssen das politische System reformieren, wenn wir auf den Pfad der Tugend zurückkehren wollen. Wir müssen uns mit den starken Interessengruppen auseinandersetzen, die sich des Staates bemächtigt haben, wie Paul Kirchhoff es formulierte. Durch üppige Geldleistungen und immer mehr Regeln sucht der Staat deren Ansprüche zu befriedigen und seine Macht zu behaupten. Denn letztendlich geht es auch um Macht.

Ein Beispiel, das dies sehr anschaulich macht:

„Kultur und ihre staatliche Förderung gilt hierzulande als zwingender Bestandteil eines guten und fortschrittlichen Wohlfahrtsstaates.“, schreibt Rainer Hank, und fährt fort: „Auch für Oper, Theater, Ballett, Museum oder Musikschule gilt das Wagner’sche Gesetz. Genügten zur ästhetischen Erziehung der Bundesbürger im Jahr 1975 noch 1,8 Milliarden, so gab der Staat 35 Jahre später, im Jahr 2010, gut 9,5 Milliarden aus.“ Das ist eine Steigerung um mehr als das Fünffache.

Kritik an der Ausgabenpolitik des Staates zu üben ist dabei nicht leicht. Das haben zum Beispiel auch Dieter Haselbach und seine Mitautoren erfahren, die Anfang des Jahres das Buch „Der Kulturinfarkt. Von allem zu viel und überall das Gleiche“ herausgegeben haben. Der Titel deutet es an, es ist eine Abrechnung mit dem deutschen Kulturbetrieb – und erwartungsgemäß provozierte es heftige Reaktionen.

Verstehen Sie mich nicht falsch: Ich schätze das vielfältige Kulturangebot, das wir in Deutschland nutzen können. Es ist ein Gewinn für unsere Gesellschaft. Sie alle wissen um mein Engagement für das Heidelberger Theater und den Heidelberger Frühling – ich stehe hinter diesem Engagement, und ich bin überzeugt davon, dass meine Heimatstadt ein lebendiges, dynamisches und modernes Theater benötigt, und ich werde mich auch weiter dafür einsetzen.

Ich meine aber auch, dass wir in allen Ausgabenbereichen – auch und gerade vielleicht in denen, die uns am Herzen liegen – sehr vorsichtig operieren müssen. Wir müssen als Bürger dieses Staates aufmerksam bleiben für nationale und globale

Entwicklungen. Und wir müssen gerade in diesen Zeiten sehr sensibel beobachten und handeln. Griechenland, Irland, Spanien oder Portugal sind alarmierende Beispiele.

Die Wege aus der Schuldenfalle sind dort sehr steinig.

Betrachten wir nur den neuen, verabschiedeten Haushalt von Spanien. Dieser bürdet seinen Bürgern viel auf, fordert Opfer von ihnen bis an die Grenze der Belastbarkeit und darüber hinaus. Dasselbe gilt für Griechenland. Es ist der Preis für eine verfehlte Politik, es ist der Preis für eine verantwortungslose Ausgabenpolitik.

Es ist aber auch der Preis dafür, dass wir die Augen vor der Entwicklung verschlossen haben, dass wir auch als Bürger unsere aktive Rolle im Staat zunehmend vernachlässigt haben – und zwar europaweit.

Die Brandmauer, die die europäischen Staaten vor Finanzierungsschwierigkeiten schützen soll, beläuft sich nun auf 800 Milliarden Euro. Sie wird die Billion überschreiten. Das sind unvorstellbare Beträge, die nicht mehr zu überschauen sind, die wir ökonomisch kaum fassen können. Wir können an diesen exorbitant hohen Beträgen ablesen, wie sehr wir über unsere Verhältnisse gelebt haben. „Wir“ – auch wenn dies auf uns Deutsche vielleicht noch am wenigsten zutrifft, aber wir sind in dieser Währungsgemeinschaft auch eine Schicksalsgemeinschaft – so unterschiedlich wir auch alle sind. Es wäre schade, wenn dieses fragile Gebilde Europa deshalb wieder auseinanderbrechen würde. Die Gefahr dafür jedenfalls ist groß. Durch übereiltes, unüberlegtes „Aufbauen“ hat man am Ende vielleicht weniger erreicht, als vorher vorhanden war.

Dieses Bewusstsein können wir auf der kommunalen Ebene schulen. Viele von Ihnen repräsentieren Gemeinde- und Stadträte – und Sie alle wissen um die klammern Kassen der Städte und Gemeinden Deutschlands. Es ist wichtig, ganz grundsätzlich Ausgaben und Töpfe in Frage stellen zu können. Denn je weniger wir uns dies zutrauen, je mehr Bürokratie uns reguliert, desto mehr Ungerechtigkeit wird es geben, und im gleichen Maße wird die Resignation der Bürger wachsen.

Meine Damen und Herren!

„L'état – c'est moi!“. Der Staat bin ich –das berühmte Zitat aus dem Munde des französischen Sonnenkönigs Ludwig des vierzehnten. Zu Zeiten der absolutistischen Herrscher waren die Regeln einfach – der Machthaber handelte aus eigener Machtvollkommenheit und ohne politische Mitwirkung ständischer Institutionen.

Kennzeichen des Absolutismus war ein zunehmender Verstaatlichungsprozess, der sich in der Aufstellung stehender Heere, dem Aufbau eines allein vom Herrscher abhängigen Beamtenapparats, der Einbindung der Kirche in das Staatswesen und in einem merkantilistischen Wirtschaftssystem manifestierte.

Der Staat setzte alles daran, den Export zu stärken, die Importe einzuschränken – was unter anderem durch die Einführung von hohen Zöllen geschah. Auf diese Weise wollte man die teuren Heere, den wachsenden Beamtenapparat und das ausufernde höfische Leben finanzieren. Allein der Bau des Versailler Schlosses brachte den französischen Staat an den Rand des Ruins. Die herrschende wirtschaftliche Praxis war von Interventionismus und Dirigismus geprägt.

Wer sich mit der Geschichte des 17. und 18. Jahrhunderts befasst, erkennt aus der Distanz die Problematik, in der die Staaten Europas damals gefangen waren. Ein Teil dieses Gefängnisses übrigens steht heute noch – übrig geblieben auf dem Weg über die Industrialisierung und ihren sozialen Folgen.

Der in den Augen von vielen ausufernde Sozialstaat will die Chancen und Gefahren der Freiheit durch den Sozialstaat bändigen.

Bleibt anzumerken, dass sich die Kostentreiber des modernen Staates gewandelt haben, dass sich zu jenen des absolutistischen Reiches viele weitere gesellt haben. Dies ist ja durchaus eine gute Entwicklung, die auch der Aufklärung geschuldet ist. Und sie beginnt schon im so genannten aufgeklärten Absolutismus. Dort verstand sich der Fürst als „Erster Diener des Staates“. Er orientierte sich zumeist am Gemeinwohl, übte sich in religiöser Toleranz und ermöglichte den Kirchen ein Auskommen, reformierte das Erziehungs- und Schulwesen, optimierte die Judikative, unterstützte die Kultur. Gerade auch die Juristerei erfuhr in diesen Zeiten immense Impulse.



Im Grunde genommen wurde in diesen Zeiten auch der Grundstein für den modernen Wohlfahrtsstaat gelegt.

Bleiben wir für einen Moment noch im 18. Jahrhundert: Es ist die Zeit, in der die staatlichen Strukturen zunehmend an Komplexität gewannen und damit gleichermaßen auch unübersichtlicher wurden.

Es ist dies das damals bereits angelegte, das bis heute zentrale Problem. Die Komplexität staatlicher Steuerungsmaßnahmen hat einen Grad der Unübersichtlichkeit erreicht, der kaum mehr zu überbieten ist. Kein Diener dieses Staates, ob er nun erster oder letzter ist, kann noch die Gesamtheit der Regelungen überblicken. Die Politik und ihre Protagonisten? Sie schon gar nicht! Sie stimmen ab über Probleme, die sie nicht verstehen.

Meine Damen und Herren!

Was ist der Staat für mich? Der Staat ist der Garant der Freiheit, der Freiheit des Wirtschaftens, der Meinungsfreiheit und der freiheitlichen Entwicklung und Selbstverwirklichung. Er schafft Rahmenbedingungen, innerhalb derer wir uns unbeschränkt entfalten können; und er macht Schranken weniger spürbar, die uns beispielsweise die eigene Herkunft auferlegt. Der Staat gewährleistet inneren und äußeren Frieden und sichert die Freiheitsrechte.

Was wir dafür brauchen? Wir müssen das „L'état c'est moi“ in einem modernen Verständnis anwenden. Denn im Sozialstaat sind wir alle, ist jeder Einzelne von uns der Staat. Zumindest ist er mit verantwortlich für das Staatsgebilde. Dies gilt, egal ob wir die Repräsentanten in dieser Demokratie für Vorbilder, zumindest für vorbildlich halten – oder eben nicht, ob wir mit ihnen die Schuldenkrise überwinden wollen oder an ihrem Sachverstand zweifeln.

Was es bedeutet, wenn der Staat immer stärker in unterschiedlichste Branchen eingreift, haben wir in den Nachkriegsjahren im Osten Europas erfahren dürfen. Staatsökonomie führt in den Bankrott. Ihr wird die Kraft der Erneuerung durch urmenschliche egoistische Wachstumsimpulse genommen. Dort, wo ich dem Einzelnen die Freiheit nehme – auch die wirtschaftliche Freiheit nehme – kann sich keine Blüte entwickeln.

Die beste Lösung mag sein, dass der Staat nicht in das Wirtschaftsgeschehen eingreift – schon gar nicht mit der Verstaatlichung von Wirtschaftssubjekten. Das ändert jedoch nichts daran, dass eine zukunftsgerichtete, von klugen Köpfen unterstützte Wirtschafts- und Finanzpolitik Aufgabe des Staates ist, von der ihn niemand entbinden kann.

Nicht, dass Politiker die besseren Wirtschaftler wären, dazu sind einfach zu wenige Unternehmer in der Politik. Für die Zusammensetzung der Freien Wähler trifft das wohl eher nicht zu. Und deshalb sind die Freien Wähler Garanten eines wie auch immer gelagerten Pragmatismus. Insofern feiern wir heute auch das Jubiläum eines politischen Pragmatismus – den wir nötiger haben denn je.

Das Auseinanderbrechen des Gesundheitssystems, die Unsicherheit der Altersversorgung, die Aussichten auf eine lang anhaltende europäische Schuldenkrise, die Angst vor der Rezession – all dies braucht mutige Politiker an der Basis, braucht mutige Entscheidungen, braucht insbesondere Sachverstand. Ich appelliere an Sie, diese Entscheidungen pragmatisch voranzutreiben, Ihren gesunden Menschenverstand und ihren wirtschaftlichen Sachverstand einzusetzen – mit der ganzen Kraft Ihrer Persönlichkeit.

Seit ihrer Gründung leben die Freien Wähler von der Persönlichkeitswahl – Ihre Mitglieder und Protagonisten leben nicht von sondern für die Politik, sie investieren Zeit und nicht selten Geld. Und sind nicht von Beruf Politiker, die deshalb in Abhängigkeit leben, weil sie ihr Handeln danach ausrichten müssen, wiedergewählt zu werden. Für viele eine existentielle Frage.

Darin steckt Ihre besondere Qualität. Sie müssen sich nicht zwingend anpassen, sie müssen nicht konform gehen, um etwas zu erreichen. Ihre Mitglieder und Ihre Politiker bringen zumeist die ganz individuellen Erfahrungen aus einem Beruf, aus einem eigenen Unternehmen oder aus einem Ehrenamt mit ein – davon kann die Politik nur profitieren!

Insofern gratuliere ich zu einem bedeutenden Jubiläum.

Aber gestatten Sie mir auch, Sie an dieser Stelle lokal- und regionalpolitisch in die Pflicht zu nehmen.

„Die Rolle des Staates, welche Aufgabe hat Politik?“ So habe ich meinen Vortrag überschrieben, und ich habe versucht, einen großen Bogen zu schlagen, einen Bogen, der natürlich stark von aktuellen Einflussfaktoren geprägt wird – kein Wunder, stehen wir doch heute vor ganz besonderen Herausforderungen. Ich hoffe, ich habe Ihnen verdeutlichen können, dass in der Schuldenkrise des Euroraumes, wie wir sie derzeit erleben, auch die große Chance zur Erneuerung unseres Staates steckt, zur Vereinfachung mancher staatlicher Sub-Systeme.

Ich habe wenig über einzelne Bereiche gesprochen, Bildung und Gesundheit – beides Themen, die für mich von immenser Bedeutung für die Zukunft unseres Landes sind – nicht einmal erwähnt. Die Diskussion zur Rolle des Staates auf diesen beiden spannungsreichen Feldern würde allein einen ganzen Abend füllen. Auf diesen Feldern brauchen wir noch viel mehr bürgerschaftliches Engagement.

Schließlich: Es gibt kein wichtigeres politisches Geschehen, wo engagierter und emotionaler diskutiert wird, wo Entscheidungen schneller und besser nachzuvollziehen sind, als das kommunale. Sie als Freie Wähler gehören dazu.

Ich darf Ihnen meinen herzlichen Glückwunsch zum 40. Geburtstag aussprechen, und ich möchte Ihr Fachwissen und Ihr Engagement auch in Zukunft in der Metropolregion Rhein-Neckar nicht missen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!